

## **Jugendschutz und Prävention mit hoher Priorität: Die kontrollierte Cannabisabgabe im Fokus**

BERLIN. Wir haben uns mit Burkhard Blienert, dem Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen, getroffen. Unser schriftlicher Appell zur kontrollierten Cannabisabgabe stand im Mittelpunkt.

*Von Hilmar Schmitt*

Das war nicht nur eine hochinteressante und wichtige Besprechung, sondern auch ein absolut konstruktives Gespräch: Am Mittwoch (29. März 2023) haben wir als Vertreter des Bundesverbandes BVEK und der Landesverbände dem Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen, Burkhard Blienert, sowie Dr. Jörg Pietsch von der Geschäftsstelle des Sucht- und Drogenbeauftragten und Dr. Kenan Maric-Horstmeyer vom BMG-Referat 117 (Versorgung mit neuen Arzneimitteln) im Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) das gemeinsam vom BVEK und den Landesverbänden erstellte Cannabis-Papier mit unseren Fragen und unseren Forderungen in Berlin überreicht, vorgestellt und diskutiert.

Mit dabei waren für den Bundesverband und die Landesverbände: Dr. Christiane Erbel und Horst-Dieter Müller vom Landesverband Nordrhein-Westfalen (ARWED), Sabine Hinze für den Landesverband Berlin-Brandenburg (EKBB) sowie Wolf Hafner, Heinz Hild und Hilmar Schmitt vom Bundesverband (BVEK).

### **Berechtigte Fragen und überzeugende Forderungen: Stimme der Eltern ist gefragt**

Unser Dokument konnte überzeugen und soll inhaltlich auch in kommenden Diskussionen zur Erstellung des Gesetzesentwurfes für die kontrollierte Cannabisabgabe sowie bei den Gesprächen zu den weiteren Entwicklungen der Drogenpolitik berücksichtigt und herangezogen werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen insbesondere der Schutz der unter 18-jährigen Konsumenten und die erforderlichen Präventionsaufgaben sowie die Einbindung der Kommunen und Schulen in ein wirkungsvolles Schutzkonzept.

Es wurde vereinbart, dass die weitere Zusammenarbeit sowie der Austausch und die Gespräche zwischen den Eltern- und Angehörigenverbänden und dem Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen intensiviert wird. Die Kenntnisse und das Wissen der Eltern und Angehörigen sollen bei den drogenpolitischen Diskussionen berücksichtigt und eingebracht werden: „Das ist uns besonders wichtig“, sagte Burkhard Blienert – eine absolute Wertschätzung der Eltern- und Angehörigenarbeit.

